

A Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 2

Februar 1955

5 Pfennig

4. Februar 1919: Eingeschreint im Herzen der Bremer Arbeiterklasse

„16. X. 1918. Werte Genossen! Heute kam die Nachricht, daß die Spartakus-Gruppe zusammen mit den Bremer Linksradikalen die energischsten Schritte tut, um die Schaffung der Arbeiter- und Soldatenräte in ganz Deutschland zu fördern. Ich benutze diese Gelegenheit, um unsere besten Wünsche den deutschen revolutionären Sozialdemokraten-Internationalisten zu übermitteln.“

Ihr N. Lenin.

(Aus der Grußbotschaft Lenins an die Oktoberkonferenz des Spartakus-Bundes im Jahre 1918.)

Wie alljährlich die Arbeiter von Paris in gewaltigen Aufmärschen zur Mauer der Föderierten ziehen, um ihrer 1871 bei der Niederschlagung der Pariser Kommune niederkartätschten Brüder zu gedenken, so ziehen die Bremer Arbeiter alljährlich am 4. Februar zum Waller Friedhof ans Grab ihrer Brüder, die Opfer des Widerstandes gegen jene dunklen Gewalten geworden sind, die, geschlagen auf den blutgetränkten Schlachtfeldern des ersten Weltkrieges, erneut ihre Macht in Deutschland wiederherstellten. — Der 4. Februar ist eine Tradition des arbeitenden Bremen.

Die Nazis haben in ihrem Haß nach 1933 das Denkmal der gefallenen Revolutionskämpfer beseitigt, sie haben an diesem Tag das Grab überwacht, dennoch kamen Blumengrüße auf das Grab und in den Betrieben fanden Gedenkzusammenkünfte statt.

Heute sind die Behörden mitsamt den „eingebauten“ Bürgermeister und Senatsdemokraten bemüht, es soweit „nie wieder kommen zu lassen“, denn auch das bremische Bürgertum und seine Vasallen haben nichts vergessen. Ihnen schwindelt es vor den Augen, wenn sie an die Zeit denken, wo es so aussah:

An die Bevölkerung Bremens!
Soldaten, Arbeiter, Parteigenossen!

Was hat sich ereignet? Nichts geringeres als eine Revolution. Ihr Produkt sind die Arbeiter- und Soldatenräte. Ueber die Aufgabe der Räte kann kein Zweifel sein:

Ausbreitung, Sicherung und Vertiefung der Revolution. Die ganze Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte. Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Das ist das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte. Jeder der es durchführen helfen will, ist willkommen. Jedem, der es bekämpft, werden wir rücksichtslos zu begegnen wissen. Einerei, wo er stehen mag.

Soldaten, Arbeiter, Parteigenossen, Männer und Frauen! Die Stunde der Befreiung hat geschlagen! Jetzt nutzt sie! Ein Zurück gibt es nicht. Vorwärts also!

Bremen, den 9. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Solch eine klare, revolutionäre Sprache war ein Donnerruf in den Ohren der hungernden Massen, ein Fanal über die Schützengräben des Weltkrieges hinweg und ein Stoß gegen die bisherige kapitalistische „Ordnung“.

Es war kein Zufall, daß dies geschah. Bremen gehörte zu den wenigen deutschen Städten, die schon vor dem ersten Weltkrieg eine Hochburg der Linksradikalen waren. In den Reihen der Bremer Sozialisten wurde eine bewußt revolutionäre Politik getrieben. In ihrem Organ erhielten die unvergeßlichen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg das Wort. Franz Mehring, Karl Radek, Pannekoek wirkten als Lehrer in den sozialistischen Arbeiterbildungsvereinen. Und inmitten ihrer Kader stand Johann Knief, bewußt, klar, anfeuernd und richtungweisend.

Hier in Bremen stand auch die Wiege der „Arbeiterpolitik“. Als mit Hilfe der kaiserlichen Behörden 1916 das Bremer Parteiorgan, die „Bremer Bürgerzeitung“, von den Rechtssozialdemokraten der Mehrheit der Mitglieder geraubt wurde, gaben die Bremer Sozialisten die „Arbeiterpolitik“ heraus. Allwöchentlich wanderte ihr Wort in die Werftbetriebe, zu den revolutionären Vertrauensleuten, auf die Kriegsschiffe zu des „Kaisers Kulis“ und vor allem in die vorderste Front der Schützengräben. Ein gut ausgebautes Vertrauensmännersystem war das Rückgrat der Bremer Linksradikalen oder, wie sie später genannt wurden, der Gruppe Arbeiterpolitik.

Johann Knief wurde in Schutzhaft gesteckt, er teilte das Los Klara Zetkins, Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Die Wortführer der Betriebsvertrauensleute an die Front geschickt. Revolutionäre Matrosen wie Reichpietsch und Köbis, die im engsten Kontakt mit den revolutionären Vertrauensleuten der Werften standen, fusiliert.

Aber einmal kam doch der Tag, an dem es den Volksmassen dämmerte, an dem die Todgeweihten der Flotte und in Feldgrau meuterten. Und Bremen gehörte mit zum Hauptkern der revolutionären, sozialistischen Kreise in Deutschland. Und es wurde geschützt durch die bewaffneten Arbeiter der Betriebe, im Vordergrund die zehntausend Werftarbeiter der A.G. Weserwerft. Als aber das revolutionäre Berlin von den reaktionären Freiwilligenverbänden Noskes niedergeschlagen, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Viehisch ermordet worden waren, da wandten sich die Truppen gegen Bremen. Mit der Lüge, die Versorgung Deutschlands aus dem Ausland sei gefährdet, wurde diese weitere Festigung der alten kapitalistischen Machthaber gut versteckt hinter dem Rücken der rechten SPD-Führer, vorbereitet.

Aber die Bremer Arbeiter hatten nicht geschlafen, sie standen auf der Wacht. Als am 4. Februar 1919 die Militärverbände im Morgengrauen die Stadt Bremen angriffen, wurde ihnen ein feuriger Empfang bereitet. Nur über Gewehre und etliche MGs verfügend, ohne Artillerie

lerie und schwere Waffen, leistete das arbeitende Bremen, unterstützt durch die roten Matrosen und Heizer der ehemals kaiserlichen Marine, heldenhaften Widerstand. An der Kaiserbrücke hatten die Arbeiter ein Hauptgasrohr zum Entflammen gebracht, mit dem sie ein Ueberrollen durch Panzerautomobile verhinderten. An der Weserbrücke fegte ein einziger roter Matrose mit seinem MG mehrere Angriffe zurück. Bis zur letzten Patrone wurde gekämpft, und es zeugt von der überlegenen Kampftaktik der Arbeiter, daß sie mit weitaus geringeren Verlusten als die stumpfen Schergen der Reaktion aus dem Abwehrkampf herausgingen. Noch am Abend war trotz wütendem Artillerie- und Minenbeschuß die Kampfkraft der Arbeiter nicht gebrochen und die Uebergänge über die Weser nicht erzwungen.

Erst ein Umgehungsmassenangriff, von der Landseite über Hemelingen ausgeführt, konnte die Revolutionäre zum Zurückweichen zwingen. In voller Ordnung gingen die Arbeiter in die westlichen Stadtteile und auf das Gelände der A.G. Weser zurück. Und auf dem Bremer Dom läuteten die Glocken den Sieg der Reaktion ein.

Salzgitter-Hütte

Die schwere Geburt der stufenlosen Arbeitsplatzbewertung

Das Jahr 1954 endete mit der schweren Geburt des Einbaus von Fahr- und Kindergeld in den Tariflohn. Das neue Jahr beginnt mit der nicht minder schweren Geburt der stufenlosen Arbeitsplatzbewertung. Beide Abmachungen haben eins gemeinsam, nämlich die Aufspaltung der Belegschaft in zwei Interessengruppen. In solchen Fällen gibt es keine andere Lösung, als das Gesamtinteresse zu berücksichtigen.

Während die Umwandlung des Fahr- und Kindergeldes gegen nur wenige Stimmen von den Funktionären der Hütte akzeptiert wurde, stimmten bei der Annahme des Werksleitungsvorschlags zur stufenlosen Arbeitsplatzbewertung von 164 Funktionären 44 dagegen und 12 enthielten sich der Stimme. Diesem Abstimmungsergebnis gingen mehrere Besprechungen und Funktionärsitzungen voraus.

In der Werkszeitung Nr. 11 und 12 vom Dezember 1954 veröffentlichte der edle Streiter für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Herr Muithaupt, einen Artikel über die Lohn- und Gehaltsbewegung in der Hütte. Diesem Artikel nach dürfte bei den Arbeitern und Angestellten der Hütte nur eitle Freude herrschen über die Segnungen der stufenlosen analytischen Arbeitsplatzbewertung, wie sie vom Vorstand vorgeschlagen wird. Als aber dieses stufenlose, analytische Wunderkind der Funktionärsitzung vom 14. Januar sein Gesicht zeigte, wurde es einstimmig abgelehnt, weil 60 und mehr Prozent der Belegschaft Lohnseinbußen zu erleiden gehabt hätten. Es wurde beschlossen, bis Ende des Monats hätte die Werksleitung andere Vorschläge auszuarbeiten, andernfalls die vereinbarten 2 1/2 Prozent zu den jetzigen Löhnen und Gehältern zugerechnet werden sollen.

Auf Grund dieses Beschlusses arbeitete die Werksleitung andere Vorschläge aus, über die mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaften verhandelt wurde. Das Ergebnis wurde den Funktionären am 26. Januar zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt. In geheimer Abstimmung wurde der Werksvorschlag mit dem bereits erwähnten Stimmenergebnis angenommen. Die geheime Abstimmung war bestimmt richtig, weil man dadurch jeden Verdacht des Druckes, beziehungsweise der Beeinflussung durch den Betriebsrat beseitigt hatte, und die Funktionäre diese schwerwiegende Entscheidung nach eigener Ueberzeugung und Verantwortung treffen konnten.

Die Entscheidung fand begrifflicherweise nicht die ungeteilte Zustimmung der Kollegen. Vor allem auch deshalb, weil jeder glaubt, er sei bei den Verlierern. Das zeigte sich auch bei den Diskussionsrednern, die mit Zahlen operierten, die aus dem ersten Werksvorschlag stammten. Nach den Ausführungen der Koll. Kienhorn und Söchtig sahen die Dinge folgendermaßen aus: Von 4329 Kollegen, die von diesem Abkommen betroffen werden, erhalten 3266 mehr als bisher. 691 behalten dasselbe

Dieser Sieg machte den Weg mit frei für die spätere Entwicklung, über die Freiwilligenverbände zur SA und SS, zum Faschismus und dem zweiten Weltkrieg. Sich dieser Entwicklung entgegengestemmt zu haben, ist das geschichtliche Verdienst der damals so tapfer fechtenden sozialistischen Arbeiter und der Revolutionskämpfer, die auf dem Waller Friedhof ruhen.

Heute, am 4. Februar 1955 marschieren die Enkel der toten Kämpfer an ihrem Grabe auf. Neue Gefahren drohen. Wieder erhebt der Moloch Krieg sein Haupt. Wiederum ist die alte Phrase von der „Bedrohung des Vaterlands und der abendländischen Kultur“ in Schwang. Aber auch die Enkel der Revolutionskämpfer haben helle Augen und Ohren. Sie wollen nicht Kanonenfutter werden, sie marschieren trotz Sturmwind und Regen erst vor kurzem durch die alte Hansestadt Bremen und gaben ihrem Zorn lebendigen Ausdruck. So ruht das Erbe der Gefallenen des 4. Februar in guten Händen. Ihr Geist wird wieder lebendig!

Trotz alledem!

wie bisher und 372 Kollegen verlieren. Für die letzteren soll versucht werden, auf andere Weise eine Anhebung der Löhne zu erreichen. Das wird freilich nicht bei allen möglich sein. Für die Kollegen, die verlieren, besteht eine Begünstigungsklausel. Danach erhalten sie ihren bisherigen Lohn 6 Monate weiter gezahlt. In Zusammenhang mit diesen Abmachungen steht die Einführung einer Prämie für Hochofen und Kokerei. Außerdem der Abschluß eines Werkstarifvertrages für die Angestellten.

Alles das und die zweieinhalb Prozent, die nach einer Betriebsvereinbarung ab 1. 1. 55 gezahlt werden sollen, aber von der Einführung der stufenlosen Arbeitsplatzbewertung abhängig gemacht wurden, wäre bei Ablehnung flach gefallen und die Werksleitung hätte sich an das Abkommen nicht mehr gebunden gefühlt. Diese Folgen einer Ablehnung glaubten 108 Funktionäre ihren Kollegen nicht zumuten zu können. Wir sind der Meinung, daß sie unter den gegebenen Bedingungen gar nicht anders stimmen konnten. Den Kollegen, die dagegen stimmten, kann man auch keinen Vorwurf machen, sie stimmten so, wie sie es zu verantworten glaubten. Aber eines sollten sie sich merken. Der Vorschlag der Werksleitung befriedigt zwar niemanden. Aber zwischen dem ersten und dem zweiten Werksvorschlag ist ein ganz gewaltiger Unterschied. Jedenfalls ist der Unterschied so groß, daß er nicht ohne weiteres abgelehnt werden konnte, weil damit auch die Voraussetzungen für den Abschluß eines Werkstarifes fortgefallen wären. Es sei denn, wir wären so stark, daß wir der Werksleitung die Forderung abzwängen könnten. Ob die Kollegen dazu bereit sind, wagen wir nach den bisherigen Erfahrungen zu bezweifeln. Im übrigen ist es eine alte Erfahrungstatsache, daß zwischen den Wünschen und der Möglichkeit ihrer Erfüllung eine sehr große Lücke klafft, die nur durch organisierte Kraft, Kampfwillen und Opferbereitschaft der Arbeiter ausgefüllt werden kann.

Salzgitterhütte geschlossen im Proteststreik

Obwohl der Belegschaft der Hüttenwerk Salzgitter AG zur Vorbereitung des 24stündigen Proteststreiks gegen Reusch nur 5 Stunden zur Verfügung standen und in dieser kurzen Zeitspanne alle Maßnahmen zu einer ordnungsgemäßen Durchführung des Streiks getroffen werden mußten, kann man diesen als erfolgreich bezeichnen.

In einer außerordentlichen Funktionärkonferenz nahmen Funktionäre und Vertrauensleute gegen die reaktionären Machenschaften des Unternehmens Stellung und beschlossen einmütig, den 24stündigen Proteststreik durchzuführen. Die vom Streikausschuß vorbereiteten organisatorischen Maßnahmen wurden fast in allen maßgeblichen Punkten durchgeführt. Schlagartig fanden sich morgens 5.30 Uhr an allen Eingangstoren, Bahnhöfen und

Buslinien die Streikposten ein, so daß die Vertrauensleute und Funktionäre jederzeit Herr der Lage waren, d. h. sie brauchten fast nirgends einzugreifen. Bis auf wenige Ausnahmen hat die Belegschaft dem Aufruf der Industrieergewerkschaft Metall Folge geleistet.

Es ist in der Funktionärsitzung mit Recht zum Ausdruck gebracht worden, daß in diesem Zusammenhang auch die betrieblichen Fragen (Tarifvertrag) mit in die Kampfmaßnahmen einbegriffen werden müssen und damit zur Diskussion stehen, und daß es darauf ankommt, den einheitlichen Willen der Belegschaft zu demonstrieren. Dieser Appell ist verstanden und befolgt worden. Wenn nun hier oder dort Schwächen oder Mängel aufgetreten sind, so sind sie aufgrund der zur Verfügung stehenden kurzen Zeitspanne und der besonderen Bedingungen verständlich. An solchen Tagen hat aber der organisierte Arbeiter Gelegenheit, seine Kraft und wahre Stärke zu messen, um daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Auch die Angestellten im Hüttenwerk sind dem Ruf der Organisation gefolgt und haben sich an diesem Tage in vorbildlicher Weise dem Streik angeschlossen. Wenn nun einige Angestellte hinterher versuchten, diesen Tag auf ihren Tarifierlaubnis anrechnen zu lassen, so demonstrieren sie damit nur ihre ganze Schwäche und zeigen, daß sie den wahren Sinn und Zweck dieses Kampfes nicht begriffen haben. Auch die Angestellten mögen begreifen, daß ihr Schicksal unlöslich mit dem der Lohnempfänger verbunden ist und daß sie den hohen Gedanken der Solidarität niemals verletzen dürfen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen. Solch ein Akt kann das Unternehmertum nur stützen, zumal dieses es an Versuchen nicht hat fehlen lassen, den Belegschaftsmitgliedern verständlich zu machen, daß „wer arbeiten wolle, zur Arbeit erscheinen könne“. Die Belegschaft der Hüttenwerk Salzgitter AG hat eine kurze, aber gute Tradition. Mit diesem Streik hat sie bewiesen, daß sie bereit ist, diese Tradition auch für die Zukunft zu festigen und weiter auszubauen.

Es ist jedoch in diesem Zusammenhang nicht uninteressant festzustellen, daß die hiesigen Lokalzeitungen fast nichts über den Streik brachten und damit klipp und klar dokumentierten, daß sie eben Soldschreiber der bürgerlichen Gesellschaft und der Unternehmer sind. Wir möchten den Arbeitern empfehlen, daraus die Lehren zu ziehen, die „Arbeiterpolitik“ zu lesen, denn sie ist die einzige Zeitung, die aus dem Leben der Arbeiter schreibt und Informationen und Aufklärung über den Kampf der Arbeiterschaft gibt.

Salzgitter

Wie man's macht und wie nicht

Seit langem schon garte es innerhalb der Belegschaft der FAKA und seit langem gab es Verärgerung und Protest über das Verhalten des Meisters Molzki, der in arroganter, frecher und überheblicher Art Kollegen schikanierte und sie bis zur Weißglut brachte. Der Betriebsrat war anscheinend nicht in der Lage, die Dinge von sich aus abzustellen, auch verstand er es wohl nicht, den Appell an die gesamte Belegschaft zu richten, um mit diesem Meister Schluß zu machen, so daß etwa 20 Kollegen in ihrer Verärgerung und Verzweiflung zum Lohnbüro gingen und ihre Papiere nahmen. Sie waren nicht mehr bereit, unter diesem Meister zu arbeiten.

Es steht außer Zweifel fest, daß mit dieser Maßnahme nicht allzuviel erreicht werden konnte. Es wäre richtiger gewesen, wenn der Betriebsrat oder die Gewerkschaftsorganisation in Verbindung mit der gesamten Belegschaft jetzt zum einheitlichen und geschlossenen Handeln geschritten wäre.

Die Kollegen der FAKA hätten sich ein Beispiel an den Kollegen der SMG nehmen können. Dort haben die Kollegen in der Abt. Hoblerei und Bohrerlei die Dinge anders gelöst. Zum Jahreswechsel 1954/55 wurde seitens des Betriebsrats ein Antrag der Geschäftsleitung, einen „Kollegen“, dessen unkollegiales Verhalten bekannt war, als Vorarbeiter einzusetzen, abgelehnt. Die Betriebsleitung setzte sich über die Auffassung des Betriebsrats hinweg und setzte ihn als Vorarbeiter ein. Er entwickelte sich dann auch bald mehr zum Aufseher als zum Vorarbeiter. Sein Benehmen: Meldungen wegen kleiner Vergehen an den Vorgesetzten, Ausnutzung seiner Stellung zur persönlichen Bereicherung und Äußerungen, wie z. B. „Euch möchte ich mal auf dem Kasernenhof haben“, bewirkte im

Dezember 1954, daß die Kollegen sich einmütig gegen eine weitere Zusammenarbeit aussprachen. Die Betriebsleitung war anfangs nicht geneigt, diesem Verlangen der Belegschaft Rechnung zu tragen, sie konnte sich aber später dieser Tatsache nicht ganz verschließen, da sie ja schon einmal, im Juli 1954 (siehe ARPO Nr. 17) erfahren mußte, daß, wenn es notwendig ist, die Belegschaft nicht viel Federlesen macht, um ihre Ansicht und Auffassung zur Geltung zu bringen.

Statt dessen haben die Kollegen der FAKA den anderen Weg gewählt mit dem Erfolg, daß sie arbeitslos wurden und vom Arbeitsamt eine 4wöchige Sperrfrist aufgebürdet bekamen.

Der Betriebsrat der Hüttenwerk Salzgitter AG hat es für seine Pflicht gehalten, den ganzen gewerkschaftlichen Einfluß geltend zu machen und dafür einzutreten, diesen Kollegen einen Arbeitsplatz im Hüttenwerk zu vermitteln, damit nicht die Gefahr entstehe, daß diese Kollegen zu Kreuze kriechen müssen. Dem Unternehmer soll nicht eine leichte Möglichkeit gegeben werden, seinen reaktionären Standpunkt durchzusetzen. Darüber hinaus hat sich die Ortsverwaltung der IG Metall, Salzgitter, in einem Beschluß hinter diese Kollegen gestellt und auch materielle Unterstützung den Betroffenen gewährt, so daß am Schlusse dieser nicht gut begonnenen Aktion doch noch eine einheitliche Willenskundgebung und ein gewerkschaftlich solidarisches Handeln stand.

Versammlung um den FAMAS-Treuegroschen

Am 21. Januar fand im Stadtcafé eine Versammlung der IG Metall für die Abschnitte 4, 5 und 6 statt. Diese Versammlung war gut besucht. Mit wenigen Ausnahmen handelte es sich um Kollegen der FAMAS.

Der Koll. Busch sprach über die Angelegenheit „Treuegroschen“ und ging auch auf die Frage der Umwandlung des Fahr- und Kindergeldes bei der FAMAS, ähnlich wie in der Hütte, ein. Er forderte die anwesenden Kollegen von der FAMAS auf, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, damit er in den Verhandlungen wüßte, wie er vorgehen soll. Dieser Aufforderung kam leider keiner der Kollegen in der Diskussion nach.

Die gestellten Fragen waren nicht grundsätzlich, sondern streifen das Problem nur am Rande. Ein Kollege stellte die Frage, ob bei der Hütte eine gerichtliche Entscheidung versucht worden wäre. Schon die Fragestellung bewies, daß hinter der Frage die Hoffnung stand, versuchen wir es erst mal mit dem Gericht, vielleicht können wir das Fahrgeld doch erhalten. Das Beispiel Treuegroschen sollte dem Kollegen seine Hoffnungen bereits geraubt haben. Jedenfalls ist es dem Koll. Busch nicht gelungen, die Meinung der FAMAS-Kollegen zu erforschen, vor allem nicht in der Frage Einbau des Fahr- und Kindergeldes in den Tariflohn.

Man kann das Gefühl nicht los werden, daß an dem Niveau der Diskussion die Betriebsräte nicht ganz unschuldig sind, weil sie in dieser Frage auch keine grundsätzliche Meinung haben. Bezeichnenderweise lautete der erste Satz des ersten Diskussionsredners: „Ich stelle fest, daß kein einziger Betriebsrat, außer dem Koll. L ü b e, heute abend in der Versammlung anwesend ist.“

Wir sind der bescheidenen Meinung, daß das Mindeste, was man von einem Betriebsrat verlangen kann, der Besuch einer von der Zahlstelle angesetzten Gewerkschaftsversammlung ist. Die FAMAS-Kollegen haben ja in zwei Monaten Gelegenheit, sich solche Betriebsräte zu wählen, die für die Arbeiterbewegung und nicht von der Arbeiterbewegung leben.

Metaller für Jugenddemonstration gegen Barras

Die letzte Vertreterversammlung vor der Neuwahl der Delegierten befaßte sich am 12. Januar mit dem üblichen Geschäfts- und Kassenbericht. Sie beschloß die Wahlordnung für die Neuwahl der Delegierten. Zum Punkt Verschiedenes brachte Koll. Globig einen Antrag ein, in welchem die Unterstützung der IG Metall für die Durchführung einer großen Jugendkundgebung gegen die Wiederaufrüstung verlangt wurde. Dieser Antrag wurde gegen die Stimme des Koll. Heidenblut angenommen, der erklärte, man solle diesen Antrag ablehnen, weil die Remilitarisierung Deutschlands eine politische Frage sei und vom Bundestag entschieden wer-

den müsse. Es wurde ihm die Frage gestellt, wer nun eigentlich Soldat spielen müsse, die Bundestagsabgeordneten oder die arbeitende Jugend! In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß, wenn zu dieser Kundgebung aufgerufen wird, die Gewerkschaftskollegen zahlreich daran teilnehmen sollen.

Zum Schluß der Vertreterversammlung wurde Koll. Söchtig einstimmig als Delegierter zur Landesbezirkskonferenz des DGB in Oldenburg gewählt. Ebenso einstimmig der Koll. Hein Wegner zum stellvertretenden Delegierten.

Koll. Söchtig schloß die Versammlung mit der Aufforderung an alle Kollegen, sich bei der kommenden Vertreterwahl für die besten Gewerkschafter zu entscheiden. Delegierte, die nicht gewillt sind, die Vertreterversammlung regelmäßig zu besuchen, dürften nicht gewählt werden. Gleichzeitig soll bei der Auswahl der Delegierten darauf gesehen werden, daß diese Kollegen den satzungsgemäßen Beitrag zahlen. Nur der könne die Kollegen zur Beitragswahrheit anhalten, der sie selbst erfülle.

Hamburg

Kundgebung der Kriegsdienstverweigerer

Über zweitausend Personen, überwiegend Jugendliche, waren zur Kundgebung der Internationalen Kriegsdienstverweigerer (IDK) am 24. Januar gekommen. Die Hamburger Studentenschaft war stark vertreten. Auch auf große Kreise von Bürgerlichen hatte die Versammlung als Anziehungspunkt gewirkt. Während draußen im Gelände 8 (acht!) Hundertschaften der Polizei mit Wasserwerfern in Bereitschaft standen, forderte der Versammlungsleiter vor dem Referat die Versammelten auf, nach

dem Ende der Versammlung friedlich nach Hause zu gehen. Die IDK verzichtete auch, gegen die in Bereitschaft stehende Polizei und deren Bedrohung der Versammlung zu protestieren.

Der Bundestagsabgeordnete Kühn, SPD, der seine Rede auf die anwesenden Studenten zugeschnitten hatte, forderte Verhandlungen mit den Russen. Ihm sei lieber Gerede als Geschieß. Er sei für ein friedliches Nebeneinander von Ost und West. Sein Gerede von der Freiheit, „die wir hier im Westen haben“, stand im eigenartigen Verhältnis zur Aufforderung des Versammlungsleiters, nach der Kundgebung friedlich nach Hause zu gehen, und den draußen stehenden acht Hundertschaften der Polizei. Die „Befürchtungen“ der Polizei waren nicht berechtigt, die anwesenden KPD-Leute verhielten sich vollkommen ruhig.

Die von Kühn geforderte „Volksbewegung“ gegen die Pariser Verträge wird erst dann auch auf die Bürgerlichen und Studenten Einfluß ausüben und sie in Bewegung bringen, wenn die Arbeiter die Träger und Vorwärtstreibenden der Rüstungsgegnerschaft sind. Die Hamburger Arbeiter müssen bei ihrem Kampf gegen die Wiederbewaffnung mit Zusammenstößen mit der Polizei rechnen. Das muß in Kauf genommen werden. Der Kampf gegen die Aufrüstung kann tatkräftig nur von Menschen geführt werden, die nicht durch den Traum von der Mitbestimmung am wirklichen Kampf gehindert werden.

„Auf Beschluß des Senats ist eine Kommission gebildet worden, die sich mit Fragen des Wiederaufbaues der Hamburgischen Hauptkirchen beschäftigen soll. . . . Es ist beabsichtigt, auch über die Hergabe von Staatsgrundstücken für Kirchengebäude und über die gesetzliche Regelung der Kirchensteuer zu beraten.“ („Hamburger Echo“ vom 12. 1. 1955.)

Helft mit, junge Genossen!

Liebe Freunde in der sozialistischen Jugend!

Vor einigen Tagen kam mir durch Zufall ein kleines Buch in die Hände, ein Buch, welches alle Teilnehmer an den „Falkenrepubliken 1951“ erhalten hatten. Es heißt: Mein Falkenbuch.

In diesem Buch stehen Worte, die es wert sind, ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden. Worte, welche in unserer ersten Zeit, wo wir vor dem Beginn einer neuen „Wehrmacht“, und damit vor einem neuen Kriege stehen, auf Beachtung und Verwirklichung warten.

Nun, auf den Seiten 36 und 37 steht folgendes:

„Wir sind gegen den Krieg!“

Täglich gehst du an Ruinen und Schutthaufen vorbei. Hast du schon einmal daran gedacht, daß hier einst Häuser standen, in denen frohe Menschen wohnten? Wieviel Arbeitsstunden der Väter waren notwendig, um diese Möbel, Kleider, Hausgeräte usw. anzuschaffen, die hier verbrannt und vergraben sind? Ist nicht einer in der Gruppe, dessen Vater gefallen ist und kennst du nicht Bekannte, denen Körperteile fehlen? Weißt du, welche Not die Flüchtlinge und Ausgewiesenen leiden, die durch den Krieg ihre Heimat verloren haben? Kannst du dich noch an die knappen Lebensmittelrationen erinnern? - - An allem ist der Krieg schuld! - Wir hassen den Krieg, er vernichtet Leben und Wohlstand.

Wir leben für den Frieden!

Alles wollen wir tun, um den Frieden zu erhalten und zu sichern. Er schafft Wohlstand, bietet allen Menschen Sicherheit und den Kindern Freude. Er gibt uns die Möglichkeit, nach dieser Zerstörung wieder aufzubauen. Kein Geld für Soldaten! Keinen Pfennig für die Panzer und Maschinengewehre! Alles Geld für Schulen, Bibliotheken, gesunde Wohnungen, Spielplätze und Auslandstreffen der Kinder und Erwachsenen. Dann werden schöne Wohnungen entstehen und saubere Städte. Dann wird Arbeit und Nahrung für alle da sein und die Menschen werden froh und zufrieden leben können.

Aber wir müssen aufpassen auf die Ruhestörer, die den Frieden nicht wollen. . . . Darum sollten wir versuchen, vielen Kindern und Erwachsenen unsere praktische Friedensbereitschaft zu zeigen und sie dafür zu ge-

winnen. Wir sollten große Veranstaltungen machen „Gegen den Krieg - für den Frieden“ vielleicht sogar zusammen mit anderen Ortsverbänden. Alle Mitmenschen sollten wir an die Schrecken des Krieges erinnern und ihnen sagen, wie man in Frieden lebt!“

Nun gewiß, seit 1951 ist schon eine Zeit vergangen und die Genossen, welche als Helfer ihren Falken diese Worte sagten, sind schon zum Teil aus der Jugendarbeit heraus, bzw. haben sich resigniert zurückgezogen. Aber wenn auch die Führung heute anders denkt und dies nicht mehr wahrhaben will, - haben wir unsere eigenen Worte vergessen und geben sie uns das Recht, angesichts der Bedrohung zurückzuweichen?

Erinnert euch doch einmal zurück an die „Antikriegsfeiern“ in Moers, Nürnberg, Braunschweig und anderen Städten. Wir waren eine Gemeinschaft der Gebrannten, welche die Erfahrung des letzten Krieges hatte und wir hatten den Willen, das Schicksal der Jugend zu ändern. Erinnert euch an die Hamburger Jugendtage, welche zwar durch die Weltfestspiele der FDJ überschattet wurden, aber trotzdem ein großes Bekenntnis zum Sozialismus waren. Wo der Genosse Brauer vor dem Rathaus bei dem Schein tausender Fackeln von dem Friedenswillen der sozialistischen Jugend sprach - Worte, welche er heute nicht mehr wahrhaben möchte. Was tut ihr heute; die ihr in der Ernst-Merk-Halle uns durch „Wille und Weg“ einen Hinweis gabt oder ihr Braunschweiger mit dem politischen Kabarett?

Gewiß, einige arbeiten trotz Anfeindungen heute noch, wie es die Falken durch Demonstrationen in einzelnen Orten gezeigt haben. Aber wo ist die große Masse der Helfer geblieben? Wenn ihr auch heute sagt: Wir können nichts mehr ändern; die Verantwortung für das, was ihr damals euren jungen Falken sagtet, müßt ihr auch heute noch tragen. Dies nimmt euch niemand ab!

Deshalb laßt euch mahnen! Findet wieder zurück und versucht wieder gutzumachen, was ihr durch eure Lethargie verzögert und teilweise schon verdorben habt. Wenn nicht, so wird euch die Zukunft mit harter Hand eure Schuld ins Gesicht schreien. Wenn ihr wieder vor neuen Trümmern steht - das heißt: Wenn ihr es noch erleben werdet!

Hört, Genossen! Noch ist es Zeit!